



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Stefan Schuster SPD**

Freiheit für den uigurischen Menschenrechtsaktivisten Ilham Tohti

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Auszeichnung von Ilham Tohti mit dem Sacharow-Preis 2019 des Europäischen Parlaments und stellt sich hinter den gemeinsamen Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zur Lage der Uiguren in China vom 17.12.2019 (2018/2945 RSP).

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf allen geeigneten politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass der uigurische Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti und alle anderen Menschenrechtsverteidiger, Rechtsanwälte, Journalisten und Bürger, die in China allein wegen der friedlichen Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert wurden, sofort freizulassen sind.

Begründung:

Ilham Tohti wurde am 23.09.2014 vom Mittleren Volksgericht von Ürümqi wegen „Separatismus“ zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Jedoch hat der uigurische Intellektuelle und Dozent an der Minzu-Universität in Peking Separatismus und Gewalt stets abgelehnt und ist für Versöhnung auf der Grundlage der Achtung der uigurischen Kultur eingetreten. Für seinen Einsatz unter diesen schwierigen Umständen erhielt er die Auszeichnung „PEN/Barbara Goldsmith Freedom to Write Award“ (2014), den Martin-Ennals-Preis (2016) und den „Prize for Freedom“ der Liberalen Internationalen (2017). 2017 wurde er zudem mit dem Menschenrechtspreis der Stadt Weimar geehrt, 2019 erhielt er im Europarat in Straßburg den Václav-Havel-Menschenrechtspreis und zum Jahresende den Sacharow-Preis für Menschenrechte des Europäischen Parlaments.

Die Menschenrechtssituation in China hat sich seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping im März 2013 verschlechtert. Es zeichnet sich seitdem eine zunehmend feindselige Haltung gegenüber der Meinungs- und Religionsfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit ab. Die chinesischen Staatsorgane haben hunderte Menschenrechtsverteidiger, Rechtsanwälte und Journalisten festgenommen und vor Gericht gestellt.

Insbesondere die Lage im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang, der Heimat von mehr als zehn Millionen Uiguren und Kasachen muslimischen Glaubens, hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Michelle Bachelet, hat im September 2018 in ihrer ersten Rede in dieser Funktion auf den zutiefst beunruhigenden Vorwurf der willkürlichen Masseninternierung von Uiguren und anderen muslimischen Gemeinschaften in sogenannten Umerziehungslagern in Xinjiang hingewiesen. Die chinesischen Staatsorgane führen eine Kampagne von zunehmender Intensität, die auf Masseninternierung, einschneidende Überwachungsmaßnahmen, die politische Indoktrinierung und eine erzwungene kulturelle Assimilation ausgerichtet ist. Uiguren und andere hauptsächlich muslimische ethnische Minderheiten werden hier willkürlichen Festnahmen, Folter, Einschränkungen der Religionsausübung und Kultur und einem allgegenwärtigen digitalen

Überwachungssystem unterzogen. Sie sind millionenfach in sogenannten Einrichtungen zur „politischen Umerziehung“ auf unbestimmte Zeit willkürlich inhaftiert, was die derzeit weltweit größte Masseninternierung einer ethnischen Minderheitsbevölkerung darstellt. Nach Angaben einiger ehemaliger Häftlinge sind die Bedingungen in diesen Lagern unter anderem durch Überfüllung und unhygienische Zustände, Nahrungsmangel, Schläge und sexuellen Missbrauch gekennzeichnet.

Journalisten und internationalen Beobachtern wird ein freier, effektiver und ungehinderter Zugang zum Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang verwehrt. Es existiert keine veröffentlichte Liste aller inhaftierten Personen; die Familien der in Xinjiang verschwundenen Personen erhalten keine Informationen über deren Schicksal.

Das Europäische Parlament hat in seiner obigen Entschließung klargestellt, dass die EU das Thema der Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere jener, die die Minderheiten in Xinjiang betreffen, bei jedem politischen Dialog mit den chinesischen Staatsorganen weiterhin zur Sprache bringen soll. Der US-Kongress hat am 04.12.2019 den sogenannten „Uyghur Human Rights Policy Act“ verabschiedet, einen Rechtsakt, mit dem der US-Außenminister nachdrücklich aufgefordert wird, unverzüglich Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte zu ergreifen.

Außerhalb Chinas existiert die größte uigurische Exilgemeinde in Bayern. Im Freistaat leben knapp 1 700 Uiguren, unter ihnen knapp 800 in München.